

Allgemeine Überlegungen der Gemeinwohl-Ökonomie zur Umsetzung einer fairen Klimaschutz Politik

Für die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) sind Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit die wichtigsten Prioritäten! Eine faire, sozialverträgliche Umsetzung von Klimaschutz ist nur möglich mit starken Anfangs-Investitionen und einer progressiven Wirtschafts- und Verteilungspolitik, die Beschäftigungssicherheit und Wachstum im Sinne des Gemeinwohls berücksichtigt. Jeder Euro, der heute in den Klimaschutz gesteckt wird, erspart uns bzw. unserer Gesellschaft das 5- bis 6-fache an Folgekosten, die ohne Klimaschutz in den kommenden Jahrzehnten entstehen werden. ☒ Claudia Kempfert, DIW

https://www.diw.de/de/diw_01.c.974540.de/publikationen/wochenberichte/2025_38_3/zwei_jahrzehnte_klimakostenforschung_praeventiver_klimaschutz_als_volkswirtschaftlicher_vorteil.html

Da viele Schäden durch externalisierte Kosten entstehen, ist es wichtig, diese zukünftig nach dem „polluter pays principle“ einzupreisen, und zwar bevor sie entstehen bzw. um einen effektiven Anreiz zu schaffen, diese „Schadenskosten“ zu vermeiden (vgl.CO₂-Steuer). Mit der Gemeinwohl-Ökonomie fördern wir die unternehmerische Verantwortung, indem mit der Gemeinwohl-Bilanz alle Geschäftsbereiche hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf ökologische, soziale und gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit analysiert werden. Unser Ziel ist es, die Politik dabei zu unterstützen, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, die die heute schon verantwortungsvollen Unternehmen fördert und in Vorteil stellt und dafür sorgt, dass auch alle anderen Unternehmen nach und nach auf zukunftsfähige Geschäftsmodelle umstellen.

Bisher ist die Aufklärung zu Klimawandel und den zu erwartenden Extremwetter Ereignissen durch die Politik unzureichend. Insbesondere werden die möglicherweise katastrophalen Auswirkungen zu wenig erklärt und die zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und der zur Anpassung notwendigen Maßnahmen begründet und erläutert. Inzwischen sind alle interessierten und der Wissenschaft vertrauenden Menschen einigermaßen im Bilde. Aber es gibt immer noch (zu) viele, die das alles für Humbug und Fakenews halten und die deswegen sofort in die Opposition gehen, weil sie die Zusammenhänge nicht begreifen. Hier wäre vonseiten der Politik eine klare Haltung und eine gute Begründung für die erforderlichen Maßnahmen sinnvoll, um die Skeptiker mitzunehmen und den anderen zu zeigen, dass eine ernsthafte zukunftsorientierte Politik wieder Hoffnung auf eine gute Zukunft macht.

Die Transformation der Produktionsweise und der Produkte bringen temporär Arbeitslosigkeit und höhere Unsicherheit für die Unternehmen mit sich. Um dem effektiv entgegen zu wirken, müssen Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen konzipiert werden, um diejenigen, die ihre Jobs verlieren werden, für zukunftsfähige Arbeitsbereiche vorzubereiten. Unabhängig von Klimaschutz und Klimaanpassung werden sowieso viele „mechanische“ Berufe durch automatisierte KI Anwendungen ersetzt werden. Diese Mitarbeiter*innen können vermutlich nicht für Pflegeberufe umgeschult werden, wohl aber für „Elektrifizierungs-Jobs“, für Beschäftigung in Recycling- und Entsorgungsanlagen, in der Landschafts, Wald- und Moorpflege sowie in allen anderen Arbeiten, die für den Klima- und Umweltschutz erforderlich sind.

Es braucht neue Wachstumsziele: für maximalen Klima- und Umweltschutz, für maximale Daseinsvorsorge und für eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauch. Alle Geräte, Maschinen und Tätigkeiten, die Energie verbrauchen, müssen auf ihre Notwendigkeit und Effizienz geprüft werden und ihre Energie ausschließlich aus Erneuerbaren Quellen beziehen.

Geldpolitik, Ordnungspolitik für Banken, Handelspolitik, Finanzpolitik und Steuerpolitik müssen nachfrage- und gemeinwohlorientiert reformiert werden, um der wirtschaftlichen Entwicklung wieder eine positive Richtung zu geben. Am Sozialstaat darf dabei nicht gespart werden. Das schafft Vollbeschäftigung und Wohlstand – vor allem für die Vielen und nicht nur für Wenige.

Unser Vorschlag für eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft mit Fokus auf Klimaschutz und Klimaanpassung zu den von Ihnen genannten Fragen:

Zu Frage 1.a) Welche zusätzlichen, konkreten Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Landnutzung/Forst (auch sektorübergreifende Maßnahmen), bzw. Änderungen bestehender Maßnahmen können dabei helfen, diese Ziele sicher zu erreichen?

Der Strukturwandel benötigt Geld und Arbeitskräfte

Jeder Sektor muss umstellen auf fossilfreie Energie. Die Landwirtschaft muss außerdem die Treibhausgasemissionen (Methan und Lachgas) reduzieren und die Kohlenstoffbindung im Boden verbessern. Für diesen Strukturwandel braucht es für alle Sektoren und alle Betriebe, die sich umstellen, Geld und Arbeitskräfte. In Deutschland gibt es leider viel zu viele Bürger*innen, die unterbeschäftigt und arbeitslos sind. Diese gilt es zu fördern und zu qualifizieren, damit sie eine Vollbeschäftigung für den Strukturwandel eingehen können.

Außerdem gibt es viele Arbeitskräfte, die in „brauner“ Industrie gebunden sind. Diese fossilabhängige Industrie/ Energie muss sich wandeln oder tatsächlich den Markt verlassen, damit Arbeitskräfte in fossilfreien Bereichen eingesetzt werden können. Für die Qualifizierung dieser Arbeitskräfte sollten sich nicht nur Arbeitsagenturen und Bildungsträger, sondern auch die Unternehmen selbst verantwortlich fühlen, so wie es in den ersten Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg selbstverständlich war. Konkrete Maßnahmen in Unternehmen könnten sein: zB. Deutschunterricht, Qualifizierungen für die eigenen Betriebsabläufe, Schulungen im Unternehmen uäm.

Damit die Unternehmen bereit sind, für die Transformation in zukunftsfähige, fossilfreie Produktion, Energie, Handel und Verkehr und in die Qualifizierung der Arbeitskräfte zu investieren, bedarf es eines konsequenten Konjunkturprogramms sowie einen Leitzins unterhalb des Produktivitätszuwachses. Sonst sparen die Großunternehmen weiterhin und legen ihre Gewinne am Kapital- und Immobilienmarkt an (Debt shift), wie sie es in den letzten Jahrzehnten verstärkt handhaben, (Unternehmenssparrquote siehe [Quelle Bundesbank](#)). Die Gemeinwohl-Ökonomie befürwortet eine vergünstigte Kreditaufnahme für alle Geschäftsideen, die dem Klima- und Umweltschutz und/oder sozialen Projekten und anderen gemeinwohl-orientierten Vorhaben dienen. Dabei sollten Banken mit einer ausschließlich nachhaltigen Ausrichtung bevorzugt werden.

Gesamtwirtschaftlich entstehen durch die Transformation zwar neue Kosten, aber auch neue Einkommen. Die Kosten für mehr Klima- und Umweltschutz, die bei den Unternehmen entstehen (etwa für technische Neuerungen wie Katalysatoren oder Abgasfilter uäm.) sind gleichzeitig Einkommen für deren Hersteller und Monteure. Das bedeutet, neue Jobs werden entstehen, andere verschwinden (zB. die aus den fossilen Industrien).

Damit der Markt, insbesondere die Industrie, schneller reagiert, wäre eine steigende Besteuerung für fossile Energie hilfreich. Dauerhaft steigende Preise fossiler Energie bei gleichzeitig globaler Reduzierung der Förderung wären am wirksamsten.

Zu Frage 1.b): Welche finanziellen oder rechtlichen Voraussetzungen, einschließlich Ordnungsrecht, sind dafür erforderlich?

GWÖ- Lösungen:

- ! direkte und indirekte Subventionen nur noch für Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft und klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen
- ! Wettbewerbsvorteile bei Besteuerung, Kreditvergabe und öffentlichem Einkauf für klimaschutzaktive und gemeinwohl-bilanzierte Unternehmen

- ! Ordnungspolitische Maßnahmen für den Klima- und Umweltschutz
(Emissionsstandards und Grenzwerte, Energieeffizienz-Vorschriften, Technologie -
Vorschriften, Vorschriften für Recycling und Entsorgung)
- ! steuerpolitische Maßnahmen: zB. reduzierter MWSt-Satz von 7% für klimafreundliche
Produkte und Lebensmittel, regulärer MWSt-Satz für klimaschädliche Produkte und
Lebensmittel (auch wenn sie derzeit zu den Grundnahrungsmitteln gehören, wie zB.
Fleisch oder Fleischprodukte)
- ! Werbung nur noch für klimafreundliche Produkte erlauben

Finanzielle Voraussetzungen

Es braucht neben den privaten Investitionen der Unternehmen wesentlich mehr Subventionen in erneuerbare Energien, fossilfreie Produktion und Mobilität und die ökologische Landwirtschaft. Subventionen in braune Energie, Produktion und Mobilität sollten direkt so schnell wie möglich auslaufen oder gleich ganz enden. Subventionen an Landwirtschaftsbetriebe, die die größten Flächen bewirtschaften, begünstigen industrielle Landwirtschaft sowie klima- und umweltschädliche Arbeitsmethoden. Stattdessen sollten Subventionen nur an Betriebe vergeben werden, die klima- und umweltschonend, also ökologisch produzieren und artgerechte Tierhaltung betreiben. Die Anzahl der in Massentierhaltung gehaltenen „Nutztiere“ müssen konsequent und stetig reduziert werden.

Staatliche Ausgaben für den Strukturwandel sollten sich an den verfügbaren Arbeitskräften und Ressourcen orientieren und nicht an starren Schuldenzielen. Solange Menschen arbeitslos sind und Kapazitäten ungenutzt bleiben, kann der Staat investieren, ohne eine Inflationsgefahr zu verursachen.

Natürlich sollte auch der Unternehmenssektor für die notwendigen Ausgaben Kredite aufnehmen. Doch dafür muss sich die Wirtschaft in einer Phase des Aufschwungs befinden. Konjunktur lässt sich nur durch konsequente Nachfragepolitik ankurbeln.

Öffentliche Ausgaben für Investitionen und Förderinstrumente können ausgeweitet werden. Bei erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung ist eine Finanzierung über Staatsanleihen einschließlich der damit verbundenen Zinszahlungen vertretbar.

Allerdings kann auch die EZB das Geld bereitstellen für öffentliche Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Bildung, das Gesundheitswesen, den Umbau in fossilfreie Produktion und Mobilität. Bei politischem Willen ist dies auch ohne Änderung des EU-Rechts möglich: Über die Emission von Gemeinschaftsanleihen durch die Europäische

Investitionsbank und deren Ankauf durch die EZB könnten zusätzliche Investitionsmittel mobilisiert werden, die den Mitgliedstaaten für die Förderung des Gemeinwohls zur Verfügung stehen, ohne die nationale Verschuldung unmittelbar zu erhöhen.

In ähnlicher Form ist dies in der Corona-Pandemie und dem Krisenfonds „NextGenerationEU“ bereits vorexerziert worden.

Für die Ausgaben für Klimaschutz-Transformation in Deutschland und Europa sind dringend die volkswirtschaftlich unberechtigten Schuldenregeln zu reformieren. Die Staatsausgaben für Aufträge und Subventionen könnten wesentlich einfacher und transparenter funktionieren, wenn das Euro-System weiterentwickelt wird. Die ideale Voraussetzung für den notwendigen Strukturwandel wäre ein Europäisches Finanzministerium, mit dem die Europäische Union Ausgaben für den Strukturwandel direkt über die Europäische Zentralbank tätigen kann. Mindestens sollte die EZB befähigt werden, den Mitgliedsstaaten direkt Staatsanleihen zu verkaufen anstatt über den zinsaufwendigen Umweg über die Geschäftsbanken.

Außerdem muss vordringlich endlich die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden, die seit mehr als 25 Jahren ausgesetzt ist. Jährlich gehen dem Staat dadurch Einnahmen von geschätzt 10-20 Milliarden Euro verloren, die für die Investitionen in Klima- und Umweltschutz, Infrastruktur, Mobilität sowie Schulen und Bildung, Gesundheitssystem und Pflege, Sport und Kultur und diverse andere für das Gemeinwohl wichtige Projekte dringend benötigt werden.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.525536.de/rueckkehr_der_vermoeegensteuer_koennte_geld_in_die_staatskasse_bringen_aber_auch_zu_ausweichreaktionen_fuehren.html

Auch die Reformierung der Erbschafts- und Schenkungssteuer ist längst überfällig. Hier sind alle Schlupflöcher und Ausnahmen, die Überführung in Stiftungen usw. grundsätzlich abzuschaffen. Wie bei der Vermögenssteuer sollte auch die Erbschafts- und Schenkungssteuer erst ab größeren Vermögen (zB. ab 5 Millionen Euro) greifen und dann progressiv von 10 bis 50% ansteigen. Damit würde eine unverhältnismäßige Kumulierung hoher Vermögen abgebremst und gleichzeitig der besonders hohe Ressourcenverbrauch und CO₂-Abdruck der Überreichen durch eine angemessene Beteiligung an der Finanzierung von Klima- und Umweltschutz wenigstens zu einem Teil ausgeglichen. Wie Oxfam aktuell erneut berechnet hat, haben die reichsten 1% der Weltbevölkerung schon am 10. Januar die ihnen zustehenden Ressourcen und CO₂-Emissionen ausgeschöpft (<https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2026-01-10-reichste-prozent-hat-treibhausgasbudget-2026-bereits>)

Rechtliche Voraussetzungen, einschließlich Ordnungsrecht

Wettbewerbsvorteile für Nachhaltigkeit

Die GWÖ sieht die Lösung in einer Wirtschaftspolitik, die konsequent ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften im Wettbewerb bevorteilt und umweltschädliches Wirtschaften benachteiligt. Durch geringere Steuern, höhere Subventionierung, Bevorzugung bei öffentlicher Vergabe, Krediten und Flächenverteilung werden die Preise von umweltfreundlichen Produkten und Dienstleistungen geringer sein als andere.

Nachhaltigkeitsberichtserstattung mit rechtlichen Konsequenzen

Alle Unternehmen sollten über Ihre Nachhaltigkeit berichten und nach dem Ergebnis rechtliche Konsequenzen erfahren bzgl. Besteuerung, Kreditvergabe, öffentliche Vergabe. Die Lieferketten-Sorgfaltspflicht (CSDDD) und die Nachhaltigkeits-Berichtspflicht (CSRD) schaffen eine große Menge an Daten, allerdings ist ihre Wirksamkeit auf den Klimaschutz im Verhältnis zum Aufwand gering. Die GWÖ ist für die Einführung einer Gemeinwohl-Bilanz und entsprechender rechtlicher Konsequenzen. Diese Bilanz überprüft neben der ökologischen Nachhaltigkeit die Werte: Menschenwürde, Gerechtigkeit, Transparenz. Die Messung des wirtschaftlichen Erfolgs anhand der oben genannten Werte, inklusive einer externen Auditierung, sollte gesetzlich verankert werden.

Gemeinwohlorientierte Unternehmen und Organisationen sollten Vorteile bei öffentlicher Beschaffung und durch geringere Steuern haben. Branchen und Industrien, die nicht ökologisch nachhaltig sind, sollten mit höheren Steuern belegt werden. Der gesetzliche CSR-Nachhaltigkeitsbericht sollte verschlankt werden und die Kriterien der Gemeinwohl-Bilanz aufnehmen. Er sollte messbar und vergleichbar sein und sein Ergebnis sollte zu rechtlichen Konsequenzen führen.

Ge- und Verbote im Ordnungsrecht

Wie schnell der Umstieg auf erneuerbare Energien gelingt, hängt auch von der Ordnungspolitik (Ge- und Verbote) ab. Verbote für klimaschädliche Energie, Produktion und Mobilität sind beste Innovationstreiber für die Wirtschaft. Preissignale durch staatlich gesteuerte Energie-Preisentwicklung wirken nachhaltiger als Verbote, da sie den Menschen ermöglichen, selbst praktische Lösungen auf individueller und gesellschaftlicher Ebene zu finden.

Werbung für ökologisches Konsumverhalten

Werbung für Produkte, dessen Produktion und Gebrauch Schäden an Menschen und Natur verursachen, wird in der Gemeinwohl-Bilanz als negativ bewertet. In einer wirkungsvollen Umweltpolitik sollte der Staat neben dem Produktions- auch das Konsumverhalten beeinflussen. Ziel sollte es sein, die Bürger*innen zu ökologischem Konsum zu ermutigen. Werbung für umweltschädigende Produkte sollte nicht möglich sein. Abgesehen davon müssen umweltschädigende Produkte perspektivisch entweder gänzlich verboten oder durch staatliche Preissignale vom Markt gedrängt werden.

Zu Frage 2):

Wie kann das Klimaschutzprogramm so ausgestaltet werden, dass es vulnerable Gruppen und insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen nicht überfordert, eine faire Verteilung der Kosten und Nutzen gewährleistet werden und eine hohe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz findet?

GWÖ - Lösungen:

- ! Steuerpolitik: massive Entlastung der Menschen mit geringerem und mittlerem Einkommen
- ! Starke Sozialpolitik, Daseinsvorsorge
- ! Wachstumspolitik in den Diensten des Gemeinwohls
- ! Vollbeschäftigung und adäquate Löhne

In einer Demokratie gewinnt das Ziel Klimaschutz nur an Mehrheit, wenn die Menschen abgesichert sind in ihrer Beschäftigungsperspektive, die soziale und technische Infrastruktur und Daseinsvorsorge auf qualitativ hohem Stand ist und Wohlstand greifbar wird. Unter Wohlstand und Lebensqualität versteht die GWÖ: soziale Sicherheit, Gesundheit, Zufriedenheit, Teilhabe, Bildung und Kultur, ökologische Nachhaltigkeit und positive Zukunftsaussichten.

Steuerpolitik: Notwendige Umverteilung der Einkommen

Eine dauerhafte Preiserhöhung fossiler Energien wird keine politische Mehrheit gewinnen. Nur wenn eine starke Umverteilung von Einkommen und Vermögen angegangen wird, so dass die Mehrheit der Gesellschaft bessergestellt wird, kann das gelingen. Es ist eine umfang-

reiche Umverteilung zugunsten von Menschen mit niedrigen Einkommen erforderlich, da sie überproportional von den steigenden Energiepreisen für Mobilität und Konsum betroffen sind. Daher ist eine Steuerreform nötig, die Menschen geringen und mittleren Einkommen entlastet und Multi-Millionäre insbes. Milliardäre stärker zur Kasse bittet. Nur so wird ein ökologischer Strukturwandel politisch durchsetzbar sein. Der durch mehr Wohlstand entstehenden stärkeren Nachfrage, müssen Klima- und Umweltfreundliche Produkte sowie CO₂-emissionsarme Angebote gegenüberstehen, so dass der Nachfrageanstieg Klima und Umwelt nicht weiter belastet (Entkoppelung).

Menschenwürdige Sozialpolitik

Ohne eine starke Sozialpolitik wird der notwendige Strukturwandel und damit auch die Klimapolitik auf Ablehnung stoßen. Statt Energie künstlich billig zu halten, sollten einkommensschwache Menschen gezielt unterstützen werden. Damit vulnerable Gruppen nicht durch höhere Strompreise zu sehr belastet werden, müsste die Grundsicherung erhöht werden, Steuern für Geringverdiener*innen gesenkt, der Mindestlohn angehoben und die Sozialabgaben verringert werden. So können alle selbst entscheiden, ob sie mehr für Energie ausgeben oder Energie sparen und das eingesparte Geld anders nutzen möchten. Eine Energiewende ist politisch nur durchsetzbar, wenn die ärmeren Bevölkerungsschichten durch eine menschenwürdige, großzügige Sozialpolitik geschützt werden.

Öffentliche Daseinsvorsorge & ökologische Transformation

Soziale Sicherheit begründet sich darüber hinaus auf bestmöglicher öffentlicher Daseinsvorsorge. Wenn die simple Grundversorgung fehlt wie Bildung, Mobilität, Gesundheit, Pflege und bezahlbarer Wohnraum, dann schwindet das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat und rechte Parteien gewinnen. Die Privatisierung von öffentlichen Gütern und Infrastruktur sollte beendet und zurückgefahren werden. Gemeinschaftsaufgaben wie Gesundheit, Bildung, Kultur, sozialer Wohnungsbau, Verkehrsnetze, Energie und Wasser sollten öffentlich bereitgestellt sein und frei von Gewinnmaximierung sein.

Um den drohenden Klimawandel abzuwenden, müssen wir direkt auf eine ökologisch nachhaltige Form des Wirtschaftens umsteigen. Doch diese ökologische Transformation erfährt nur Zustimmung, wenn die Wirtschaftspolitik eine breite Mehrheit der einkommensschwächeren Menschen besserstellt. Und das ist gegeben, wenn alle Arbeitssuchenden eine sinnstiftende, und gemeinwohl-stiftende Arbeit finden, die auch adäquat entlohnt wird, wenn sie eine aus-

reichende Rente erwarten können und sich sicher sein können, beste Gesundheits- und Pflegeversorgung zu erfahren.

Wachstum in den Diensten des Gemeinwohls

Um die Bereitschaft der Bürger zu gewinnen, die unvermeidlichen Kosten zusätzlichen Umweltschutzes in Form von Verzicht auf billige Wegwerfprodukte u.a. gemeinwohl-schädliche Konsumprodukte und schnellerem Strukturwandel zu tragen, muss sich die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend verbessern. Ohne stabile wirtschaftliche Verhältnisse und Lösung akuter Probleme fehlt die Grundlage für mehr Umweltschutz. Ein gerechter Übergang erfordert soziale Sicherheit und eine Politik, die auf Vollbeschäftigung zielt. Nur so können Menschen nach Jobverlust schnell neue Arbeit finden. Die Politik der letzten Jahrzehnte jedoch hat Arbeitslose stigmatisiert und viele in prekäre Jobs gedrängt – mit hoher Verunsicherung als Folge.

Vollbeschäftigung und adäquate Löhne

Die grüne Wirtschaft soll die braune ablösen. Natürlich verlieren dabei viele Arbeitskräfte und Unternehmen ihre Positionen, doch zugleich können neue Branchen und neue Arbeitsplätze in nachhaltigen Bereichen entstehen, wenn die richtigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen erfolgen. Derzeit haben wir Arbeitskräftemangel in sozialen und ökologischen Berufen. In erster Linie, weil diese Berufe schlechten Arbeitsbedingungen unterliegen bzw. nicht passend entlohnt werden. Der Strukturwandel sollte also auch mit guter Lohnpolitik einhergehen, die auch solche Berufe am Produktivitätsanstieg und der Zielinflationsrate teilhaben lässt.

Zu Frage 3:

Welche Änderungen von Rahmenbedingungen und Anreizen können dabei helfen, weitere Investitionen in die Transformation zur Klimaneutralität und die Marktdurchdringung von Schlüsseltechnologien für die Klimaneutralität zu beschleunigen? Wie kann dabei die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden? Wie kann die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Instrumente bestmöglich gewährleistet werden?

Aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) bedarf es veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Investitionen und wirtschaftliches Handeln systematisch in Richtung ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und langfristige Gemeinwohlwirkung lenken. Die Beschleunigung von Investitionen und der Marktdurchdringung klimaneutraler Schlüsseltechnologien gelingt dann, wenn ökologische Kostenwahrheit (Internalisierung externer Umwelt- und Klimakosten), soziale Gerechtigkeit und verlässliche politische Rahmenbedingungen zusammenwirken.

Klimaneutralität ist aus Sicht der GWÖ kein rein technisches oder marktliches Optimierungsziel, sondern eine zentrale Voraussetzung für intergenerationale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und das Gemeinwohl insgesamt.

Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien senken langfristig Energie- und Importkosten, erhöhen die gesamtwirtschaftliche Produktivität und stabilisieren die Wettbewerbsfähigkeit.

Marktwirtschaftliche Instrumente sind für die Erreichung der Klimaneutralität unverzichtbar, müssen jedoch am Gemeinwohl ausgerichtet und durch klare politische Leitplanken ergänzt werden.

1. Verlässliche Rahmenbedingungen für erfolgreiche Klimapolitik

- ! Rechtlich verbindliche Klimaziele, Emissionsbudgets und sektorale Transformationspfade
- ! Langfristige Planungssicherheit für Unternehmen und Investoren
- ! Reduktion von Investitionsrisiken, Beschleunigung klimarelevanter Investitionen

2. CO₂-Bepreisung als Instrument der Kostenwahrheit

Die GWÖ befürwortet eine wirksame CO₂-Bepreisung, da sie den zentralen Fehler unserer Marktwirtschaft korrigiert: die bislang unzureichende Internalisierung externer Umwelt- und Klimakosten. Entscheidend dabei sind

- ! Ein verlässlicher, steigender CO₂-Preis als klares Investitionssignal
- ! Die vollständige Rückverteilung der Einnahmen zur sozialen Abfederung (z.B. Klimageld)
- ! Die Vermeidung regressiver Wirkungen auf einkommensschwache Haushalte

3. **Abbau klimaschädlicher Subventionen**

- ! Klimaschädliche Subventionen (zB. Dieselprivileg, Dienstwagenbesteuerung, Kerosin steuerbefreiung, Landwirtschaftsförderung nach Fläche) widersprechen dem Prinzip fairer Märkte und verzerren den Wettbewerb zulasten nachhaltiger Lösungen.

4. **Gemeinwohlorientierte Förder- und Finanzierungsinstrumente**

- ! Förderung nach ökologischem und sozialem Marktwert, nicht nur nach Kosten- und Effizienzkriterien
- ! Gemeinwohlorientierte Akteure (KMU, Genossenschaften, kommunale Akteure) bei Steuern und Wirtschaftsförderung bevorzugen
- ! Transformationsfonds mit klarer Gemeinwohlbindung
- ! Bonus-Systeme für hohe Gemeinwohlbeiträge
- ! Vereinfachter und verbilligter Zugang zu Kapital für regionale und soziale Projekte

5. **Öffentliche Beschaffung als Markthebel**

- ! Verbindliche Klima- und Gemeinwohlkriterien in öffentlichen Ausschreibungen
- ! Langfristige Abnahmegarantien für klimaneutrale Produkte
- ! Vorreiterrolle der öffentlichen Hand bei neuen Technologien sowie der Realisierung von Klimaschutz- und Umweltschutz-Projekten
- ! Skaleneffekte, Kostensenkung, schnelle Marktetablierung

6. **Handelbare Zertifikate und Quoten mit Gemeinwohl-Leitplanken**

Marktmechanismen wie Emissionshandel oder Quoten können effizient sein, müssen jedoch auf ambitionierten, wissensbasierten Obergrenzen beruhen, Spekulation begrenzen und ökologische Zielerreichung klar über Kosteneffizienz stellen

7. Transparenz, Haftung und Verantwortung

- ! Verbindliche Offenlegung von Klima- und Transformationswirkungen
- ! Offenlegung von Klimarisiken im Finanzsektor
- ! Klare Haftungsregeln für Umwelt- und Klimaschäden
- ! Integration von Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlkriterien in Kreditvergabe und Risikobewertung → Umlenkung von Kapitalströmen in reale, wirksame Transformation
- ! Verbindliche Klima- und Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die GWÖ verfügt mit der [Gemeinwohl-Bilanz/Matrix](#) über ein marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument zur Erreichung der Klimaneutralität, da sie genau dort ansetzt, wo klassische Märkte versagen: bei fehlender Kostenwahrheit, mangelnder Transparenz und kurzfristiger Gewinnorientierung. Durch die standardisierte Bewertung ökologischer Wirkungen werden klimarelevante Aspekte systematisch in unternehmerische Entscheidungsprozesse integriert. Bei breiter Anwendung, u.a. durch eine Vorreiterrolle bei der öffentlichen Beschaffung sowie bei Förder- und Finanzierungsinstrumenten verschiebt sich der Wettbewerb zugunsten klimaneutraler Geschäftsmodelle. Die GWÖ-Bilanz ergänzt damit Instrumente wie CO₂-Bepreisung und Regulierung und erhöht deren Wirksamkeit.

Zu Frage 4:

***Wie kann das Klimaschutzprogramm Impulse zur Belebung der Konjunktur geben?
Worauf sollte angesichts der substanziellen Konsolidierungsbedarfe im Bundeshaushalt
sowie der gebotenen Kosteneffizienz besonderes Augenmerk gelegt werden?***

Ein umfassend finanziertes Klimaschutzprogramm kann aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ein zentraler Motor für eine nachhaltige konjunkturelle Belebung sein, wenn ökologische Transformation gezielt mit Beschäftigung, regionaler Wertschöpfung und sozialer Stabilität verknüpft wird. Großvolumige Investitionen in Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, Wärmewende, Speicher, Netze und öffentlichen Verkehr erzeugen unmittelbar Nachfrage- und Beschäftigungseffekte. Aufgrund hoher Arbeitsintensität und regionaler Wertschöpfung entfalten diese Investitionen eine starke gesamtwirtschaftliche, konjunkturelle Multiplikator-Wirkung. Durch Vorfinanzierung, Abnahmegarantien, klare Transformationspfade und öffentliche Vorreiterrolle können neue Technologien rasch skaliert und private Investitionen ausgelöst werden. Gezielte Förderung regionaler Unternehmen, Genossenschaften und kommunaler Projekte erhöht die lokale Wertschöpfung und

Einkommensstabilität. Parallel dazu stärken Investitionen in soziale und gemeinwohlorientierte Infrastruktur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

In Bezug auf die Frage der fiskalischen Konsolidierung kommt die Gemeinwohl-Ökonomie zu folgender Einschätzung:

Die heutige Lage Deutschlands ist dadurch geprägt, dass private Haushalte sparen (Vorsorge, Alterung), Unternehmer investieren seit einigen Jahren viel zu wenig und das Ausland nimmt aufgrund starker Wettbewerber deutsche Überschüsse (Exporte) nur noch begrenzt auf. Folglich muss der Staat die makroökonomische Ausgleichsrolle einnehmen, um eine Rezession zu vermeiden.

Die Schuldenbremse schreibt dem Staat im Voraus vor, wie hoch sein Defizit sein darf. Sie berücksichtigt dabei nicht, dass in einer Volkswirtschaft immer mindestens ein Bereich – Staat, Unternehmen oder private Haushalte – Schulden machen muss, damit das System insgesamt funktioniert. Sie behandelt den Staat wie einen Privathaushalt und blockiert somit den einzigen Akteur, der systematisch fürs Gemeinwohl investieren kann. Die Folgen sind ein öffentlicher Investitionsstau (Bildung, Bahn, Kommunen, Klimaschutz), keine reale Verwendung privater Ersparnisse und stagnierende Produktivität. Ohne eine Reform der Schuldenbremse droht Deutschland eine weitere Verschärfung der rezessiven Entwicklung.

Zu Frage 5: Wie kann das Klimaschutzprogramm dazu beitragen, das Zusammenwirken bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zwischen Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu optimieren?

Das Klimaschutzprogramm kann das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen entscheidend verbessern, wenn es nicht nur Zielvorgaben setzt, sondern kooperative Umsetzungsstrukturen schafft. Aus GWÖ-Sicht ist ein Klimaschutzprogramm dann wirksam, wenn es nicht als Topdown-Instrument, sondern als kooperativer Rahmen zur gemeinsamen Wahrnehmung von Verantwortung eingesetzt wird. Klimaschutz muss als Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden – nicht als Durchgriff. Top-down-Programme erzeugen Widerstände und Verzögerungen. Klimaschutz ist eine Ko-Produktion zwischen Bund, Land und Kommune. Wissen, Verantwortung und Legitimation sind verteilt. Das GWÖ-Prinzip lautet: Partnerschaft statt Hierarchie. Dabei unterstützen:

- ! Institutionalisierte Bund-Länder-Kommunen-Kooperationsgremien
- ! Mitgestaltung der Kommunen bei Zielpfaden & Instrumenten

- ! Rückkopplung realer Umsetzungserfahrungen
- ! Ständige Bund-Länder-Kommunen-Klimaräte
- ! Gemeinsame Umsetzungsplattformen
- ! Regelmäßige Feedbackschleifen aus der Praxis

Langwierige Genehmigungen bremsen Investitionen aus. Das gilt auch für den Klimaschutz. Deshalb sind Verfahren zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen. Zeit ist ein entscheidender Klimafaktor, jedoch ist Transformation ein intensiver Lernprozess über Ebenen hinweg, der eine kooperative Lernkultur voraussetzt. Austauschplattformen für Best Practices und Monitoring, nicht als Kontrolle, sondern als Feedbackinstrument helfen bei dem Lernprozess.

Klimaschutz braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Kommunale Beteiligungsformate mit transparenter Zielkonflikt-Kommunikation ermöglichen die frühzeitige Einbindung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Bürger*innen. Sie sind kein optionaler Zusatz sondern Erfolgsfaktor. Klimaschutz stärkt Demokratie.

Gemeinwohl spricht Klimaschutz braucht handlungsfähige Institutionen. Es ist eine dauerhafte Finanzierung (statt Projektlogik) für Aufbau von Knowhow, Personal und Infrastruktur notwendig. Klimaschutz ist eine Zukunftsinvestition, dagegen sind unterlassene Investitionen gesellschaftliche Kosten. Kurzfristige, projektbezogene Förderprogramme überfordern die Kommunen. Notwendig ist ein mehrjähriger Investitionsrahmen statt Einzelprogrammen („Klimabudgets“), wobei den öffentlichen Förderbanken (KfW, Landesbanken) eine stärkere Rolle zu übertragen ist. Konkurrenz zwischen Haushaltsdisziplin, Standortpolitik und Klimazielen darf es nicht geben. Der Klimaschutz ist vorrangiges Gemeinwohl-Ziel.

Klimaschutz unter Haushaltsvorbehalt darf es nicht geben. Deshalb sind Klimainvestitionen explizit von Konsolidierungslogik zu entkoppeln. Das Motto sollte lauten: Verantwortung für kommende Generationen vor Schuldenfixierung. Langfristige Wirkungsbilanz ist wichtiger statt kurzfristiger Haushaltszahlen. Deshalb sollten alle Kommunen verpflichtet werden, von der bisherigen einfachen Haushaltsführung auf eine moderne doppelte Buchführung umzustellen, bei der Vermögen und Schulden sichtbar werden. So wird klarer, dass öffentliche Investitionen kein „Verlust“ sind, sondern den privaten Ersparnissen entsprechen und helfen, wirtschaftliche Abschwünge zu vermeiden.

Um das strukturelle Finanzproblem der Kommunen zu lösen, müssen sie von den erschlagenden Sozialausgaben befreit und stärker über feste Zuweisungen statt schwankender Steueranteile finanziert werden. Die Höhe der Zuweisungen sollte sich an der

Bevölkerungs- und Unternehmensdichte orientieren. Dauerhafte Ausgaben erfordern verlässliche, dauerhafte Einnahmen; konjunkturabhängige Steuern sind dafür ungeeignet.

Abhilfe aus der finanziellen Engpasslage würde durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer geschaffen werden. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar, dass die Bundesregierung seit 1996 keine Vermögenssteuer erhebt und die Erbschaftssteuer mittlerweile als „Dummensteuer“ verhöhnt wird. Es zahlen nämlich nur diejenigen eine angemessene Erbschaftssteuer, die sich nicht (ausreichend) von Anwälten und Experten haben beraten lassen, um all die vorhandenen Schlupflöcher in ihrem Sinne „positiv“ auszunutzen.

Eine faire, sozial gerechte und gemeinwohl-orientierte Gesellschaft organisiert Politiken und die Regeln für die Wirtschaft so, dass alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Möglichkeiten und Leistungsfähigkeit an den Aufgaben und Herausforderungen, aber auch an den Chancen und Möglichkeiten beteiligt werden.

Über die Gemeinwohl-Ökonomie | ECO n GOOD

Die international agierende Gemeinwohl-Ökonomie-Initiative nahm 2010 von Österreich ihren Anfang. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein zukunftsorientiertes Wirtschaftsmodell, in dem das „Gute Leben“ für alle das oberste Ziel ist. Die GWÖ basiert auf folgenden Grundwerten: Menschenwürde, Ökologische Nachhaltigkeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Mitentscheidung und Transparenz. Das Herzstück der Gemeinwohl-Ökonomie ist die Gemeinwohl-Bilanz. Sie ermöglicht Unternehmen einen systematischen 360-Grad-Blick auf ihr Handeln. Das Ergebnis wird in einem transparenten Punktesystem dargestellt. Die Gemeinwohl-Bilanz ist als weltweit erster Nachhaltigkeitsstandard konzipiert und macht den Beitrag eines Unternehmens zum Gemeinwohl vergleichbar und Fortschritte bewertbar.

Fünf Gruppen von Interessengruppen werden berücksichtigt: Lieferant*innen, Eigentümer*innen und Finanzpartner*innen, Mitarbeitende, Kund*innen und das gesellschaftliche Umfeld. Die Initiative umfasst weltweit derzeit rund 5.000 Mitglieder in über 170 Regionalgruppen, mehr als 1.400 bilanzierte Unternehmen, Organisationen und Kommunen, die die Vision der Gemeinwohl-Ökonomie verbreiten, umsetzen und weiterentwickeln.

Rückfragen zur Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ)

Pressekoordination GWÖ Deutschland

Sibylle Reuter

press-germany@econgood.org

Vorstand GWÖ Deutschland

Jutta Hieronymus

jutta.hieronymus@econgood.org

<https://germany.econgood.org>